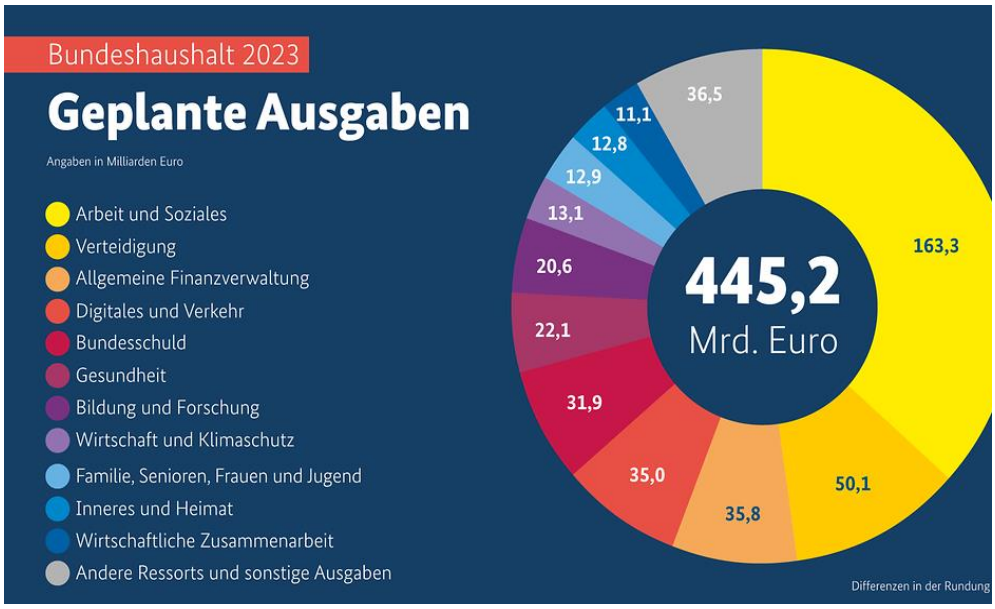
Bericht aus Berlin – Nr. 23 vom 25. November 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

drei Tage nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine hatte Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Rede im Rahmen der damaligen Sondersitzung des Bundestages, die viel zitierte „Zeitenwende“ verkündet. Eine neue Rolle Deutschlands, eine besser ausgestattete Bundeswehr sowie die Unterstützung von Menschen und Unternehmen, die von den Sanktionen gegen Russland besonders stark betroffen sind. Nun, genau ein dreiviertel Jahr später, stellt sich allerdings die Frage, was davon übrig ist? Leider nur wenig – und der Blick auf den in dieser Woche verabschiedeten Bundeshaushalt macht dies auch sehr deutlich. Von der – über das „Sondervermögen Bundeswehr“ hinausgehenden – dauerhaften Unterstützung ist wenig übriggeblieben. Auch davon, dass Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen nicht mit den Auswirkungen des Krieges allein gelassen werden, ist kaum etwas zu finden. Und wenn die Bundesregierung agiert bzw. besser gesagt re-agiert, dann nur sehr langsam und zögerlich, wie wir es gerade in der jüngsten Zeit bei den Diskussionen um die Entlastungen im Energiebereich erfahren mussten. Und ebenfalls die erneute massive Neuverschuldung lässt mich an den Finanzpolitikern der Ampel zweifeln. Horrende Ausgaben werden – unter angeblicher Einhaltung der Schuldenbremse – durch neue Kredite finanziert. Hinzu kommen einige so genannte „Sondervermögen“, die allerdings gar nicht im Bundeshaushalt auftauchen – die aber ebenfalls durch neue Schulden bezahlt werden. Insbesondere mit Blick auf die kommenden Generationen ist dies verantwortungslos und keinesfalls nachhaltig! Auch deshalb haben wir von der Union den Haushaltsentwurf der Ampel mit einem Gegenentwurf, der tatsächliche Impulse für Wirtschaft und Gesellschaft enthält, begleitet.

Insgesamt bin ich übrigens der Meinung, dass Phrasen wie „You’ll never walk alone“ oder der viel beschriebene „Doppel-Wumms“ ins Fußballstadion oder ins Bierzelt gehören. Wir als Politiker sollten stattdessen vielmehr durch Politik überzeugen. Und gerade das macht diese linksliberale Bundesregierung bislang leider nicht.



Der nun beschlossene Bundeshaushalt für das Jahr 2023 **Foto: Bundesregierung**

Apropos Fußball: auch wenn es sich nicht wirklich so anfühlt – es ist gerade tatsächlich Fußball-WM. Der Kritik an der Vergabe und insbesondere an Gastgeber Katar, schließe ich mich an dieser Stelle voll und ganz an. Aufgrund der Fifa-Machenschaften, fehlenden Menschenrechten – insbesondere für Frauen – sowie tausenden Toten beim Bau der Stadien – und erst recht nach dem Fehlstart unserer Nationalmannschaft, kommt nur sehr schwer WM-Stimmung auf. Allerdings bietet sich nun, da das kleine Land am Persischen Golf im Blickpunkt des Weltgeschehens steht, auch die Chance, Veränderungen zu erreichen. Trotz alledem wünsche ich unserer Nationalmannschaft auch weiterhin viel Erfolg! Auf geht’s!!

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende zum ersten Advent, Ihr

Volker Mayer-Lay MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: 030 227 74123 E-Mail: volker.mayer-lay@bundestag.de

75 + 1 Jahre CDU Tettnang

Am Donnerstag der vergangenen Woche konnte die CDU Tettnang nun die – Corona-bedingt verschobenen – Feierlichkeiten zu ihrem 75-jährigen Bestehen, endlich nachholen. Unter dem Motto 75 + 1 Jahre CDU Tettnang wurde das Jubiläum im Rittersaal des Neuen Schlosses der Montfortstadt begangen. Hierzu auch an dieser Stelle nochmals meinen herzlichen Glückwunsch, vor allem zu einem Dreivierteljahrhundert des erfolgreichen Einsatzes für die die Stadt und die Menschen! Mit dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Mario Czaja MdB, überbrachte ein würdiger Festredner die Glückwünsche und Grüße der Bundes-CDU sowie des Bundesvorsitzenden Friedrich Merz. Feierlich umrahmt wurde der Festakt von der Stadtkapelle Tettnang. Ein schöner und gelungener Abend, der die Gäste durch die Geschichte der örtlichen Union führte, die damit sogar noch einige Jahre älter ist als die Bundesrepublik Deutschland! Alles Gute für mindestens die nächsten 75 +1 Jahre.

Mit Generalsekretär Mario Czaja, August Schulter MdL und dem Tettnanger CDU-Ortsvorsitzenden Daniel Funke.

Rettungshubschrauber Christoph 45 bleibt im Bodenseekreis

In der Diskussion um einen neuen Standort für den aktuell noch am Klinikum Friedrichshafen stationierten Rettungshubschrauber Christoph 45 ist eine Kompromisslösung gefunden worden. Die Entscheidung für Wittenhofen im Deggenhausertal halte ich dabei für nachvollziehbar richtig. Denn nachdem die Petition gegen die Verlegung des Rettungshubschraubers in den Bereich Bavendorf im Landkreis Ravensburg erst vor Kurzem gescheitert war, hatte auch ich angeregt, trotzdem über alternative Möglichkeiten zur Stationierung des Helikopters nachzudenken. Denn letztendlich ist das Ziel des Innenministeriums, durch die Verlegung des Hubschraubers eine bessere und schnellere Notfallversorgung per Helikopter im Kreis Sigmaringen zu erreichen, richtig. Allerdings kann dies am ehesten durch eine Verlegung des Standortes nach Nordwesten und nicht – wie es in Bavendorf der Fall gewesen wäre – nach Nordosten erreicht werden. Dieser Ansicht war erfreulicherweise auch das Landratsamt des Bodenseekreises. Nun wird also im Bereich Deggenhausertal – nicht nur durch die Stationierung des Helikopters, sondern möglicherweise durch die dort ohnehin angedachte Stationierung eines zusätzlichen Rettungswagens – ein neuer Rettungsstandort entstehen. In welchem Umfang genau, wird sich allerdings noch zeigen. So besteht aber nun durch die geographische Nähe die Möglichkeit, dass das erfahrene Personal des Klinikums Friedrichshafen hier weiterhin zu Flugrettung eingesetzt wird. Generell hatte ich mich in der Vergangenheit – nicht nur, aber auch aus Kostengründen – klar für den Erhalt des Standorts am Klinikum Friedrichshafen ausgesprochen. Die flächendeckende zeitnahe Notfallversorgung ist aber ein starkes Argument, das nicht allein mit Geld aufzuwiegen ist. Und da die Pläne des Innenministeriums auf einem Gutachten basierten, welches eine Verlegung des Helikopters als notwendig darstellt, müssen wird den nun beschlossenen Verbleib im Bodenseekreis als Teilerfolg sehen.

Mit „Christoph 45“ in Friedrichshafen

Bürgersprechstunde am 07. Dezember 2022 in Friedrichshafen

Als von Ihnen direkt gewählter Abgeordneten ist es mir sehr wichtig, stets ein offenes Ohr für die Anliegen, Wünsche und Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu haben. Dasselbe gilt übrigens im gleichen Umfang für Kritik, Anregungen und Verbesserungsvorschläge. Neben der rund um die Uhr bestehenden Möglichkeit, mich per Post oder E-Mail zu kontaktieren, können Sie zudem zu den üblichen Bürozeiten mein Team telefonisch erreichen. Zusätzlich biete ich in regelmäßigen Abständen eine Bürgersprechstunde an, bei welcher Sie sich in einem persönlichen Gespräch direkt mit mir treffen und austauschen können. Meine nächste Bürgersprechstunde findet nun am übernächsten Mittwoch, den 07. Dezember ab 16 Uhr im Café Gessler in Friedrichshafen statt. Um die Bürgersprechstunde besser planen und so möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit für ein Gespräch mit mir bieten zu können, bitten wir Sie freundlich darum, sich bei Interesse an einem Termin am 07. Dezember, vorab anzumelden. Dies können Sie entweder per E-Mail unter volker.mayer-lay@bundestag.de oder telefonisch unter 030 227 74123 tun. Ich freue mich auf Sie!

Wir am See

Austausch mit Vertretern der Kommunal- und Landespolitik

Der Austausch zwischen den Vertretern der Kommunalpolitik, unseren Landtagsabgeordneten und der Bundespolitik ist mir persönlich immens wichtig. Daher habe ich mich am Montag der vergangenen Woche im Rahmen eines Arbeitsfrühstücks mit den CDU Bürgermeistern aus dem Bodenseekreis, den Landtagsabgeordneten August Schuler und Klaus Burger sowie den Spitzen des Landratsamts getroffen. Dabei wurde klar, dass sich die Kommunen bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingswelle, dem Ausbau der Gigabit-Strategie mit jetzigem Förderstopp beim Breitband, dem KfW-Förderstopp, dem abrupten Ende des Investitionspakets für Sportstätten, der ausgeblieben Fristverlängerung beim Bundesprogramm zur Förderung von Raumfiltern und bei der Beendigung der Unterstützung von so genannten Sprachkitas von der übergeordneten Politik ziemlich alleingelassen fühlen. Hinzu kommt, dass auch das Konnexitätsprinzip – also, dass der Besteller bezahlt und nicht der Ausführende – kaum mehr sichtbar ist, ganz zu schweigen vom Flickenteppich bei Zuschüssen und Förderungen, welcher ebenfalls kritisiert wurde. Schließlich haben wir auch über den Bundesstraßenbau im Bodenseekreis bei B31 und B30 sowie die Weiterentwicklung der Bodenseegürtelbahn gesprochen.

Eindruck vom Austausch im Rahmen eines Frühstücks in Kressbronn.

Fakten und Meinungen

Weitere Themen der Woche

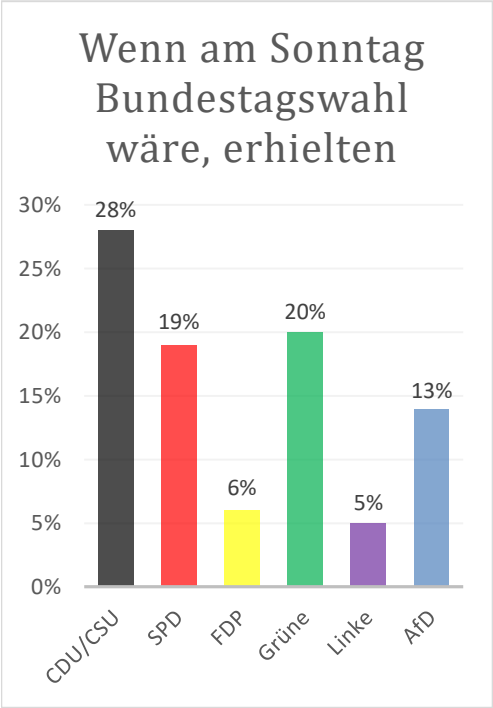
Der Bundeshaushalt 2023 lässt mir die Haare zu Berge stehen!

Nach der so genannten Bereinigungssitzung des Bundestags-Haushaltsausschusses vor zwei Wochen und den abschließenden Beratungen in dieser Woche, ist der Haushalt für das kommende Jahr nun endgültig beschlossen. Es ist zwar das gute Recht jeder Bundesregierung, gerade auch durch Vorhaben und Zielsetzungen im Bundeshaushalt ihre jeweilige Politik um- und durchzusetzen, allerdings sollte dies auch stets mit Blick auf deren Finanzierbarkeit geschehen. Und davon kann bei einer massiven Neuverschuldung leider nicht die Rede sein. Zwar wird offiziell die so genannte Schuldenbremse eingehalten, allerdings wird diese schlicht und einfach durch die Einrichtung so genannter Sondervermögen umgangen. Generationengerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften sieht leider anders aus.

Kompromiss beim Bürgergeld verhindert das Schlimmste

Nachdem das so genannte Bürgergeld, das zu Beginn des neuen Jahres Hartz IV ablösen soll, im Bundesrat gescheitert war, einigten sich nun Vertreter von Regierung und CDU/CSU auf Änderungen, die der Vermittlungsausschuss an diesem Mittwoch beschloss. So wird es nun keine sechsmonatige „Schonfrist“ geben, wenn Bürgergeld-Empfänger Termine bei der Arbeitsagentur oder Vorstellungsgespräche nicht wahrnehmen. Stattdessen wird es auch weiterhin Sanktionen geben. Außerdem wird das so genannte „Schonvermögen“, also der Betrag, den man behalten darf, obwohl man Leistungen empfängt von geplanten 60.000 € auf nun 40.000 € gesenkt. Insgesamt denke ich, dass dies ein guter Kompromiss ist. Auch die Tatsache, dass schnell eine Lösung gefunden und somit vielen Menschen in dieser unsicheren Zeit geholfen wurde, finde ich erfreulich.

AKTUELLE UMFRAGE
„Wäre am Sonntag Wahl!“



Quelle: Forsa, 22.11.2022

Zitat der Woche

„Und ich hoffe, wir verurteilen heute gemeinsam auf das schärfste die Ausweitung dieses Krieges in den letzten Tagen, …“
Oppositionsführer Friedrich Merz in der Generaldebatte am Mittwoch an die Adresse von AfD und Linksfraktion.

Kleine Terminauswahl

Mo.,	**28.11.2022**	**bis**	**Fr. 02.12.2022**	**Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin.**
Sa.,	**03.12.2022**			**Weihnachtsmarktstand der CDU Markdorf.**
Di.,	**06.12.2022**			**Kreisvorstandsitzung der CDU Bodenseekreis.**
Mi.,	**07.12.2022**			**Bürgersprechstunde in Friedrichshafen – Details hierzu finden Sie auf Seite 2.**